

# Protokollauszug

aus der  
36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport  
vom 22.02.2018

---

öffentlich

## Top 3      **Umsetzungsstand Gesamtkonzept Schule- Jugendhilfe**

**Frau Heinrich** (FB Bildung und Sport) geht eingangs auf die Steuerungs- und Koordinierungsstruktur ein und erläutert diese anhand einer Präsentation. Sie gibt Erläuterungen zum Übergang Kita - Schule und verweist dabei auf die Einführung einheitlicher Instrumente zur Übergangsgestaltung.

Anschließend geht sie auf die Schulsozialarbeit ein. Sie macht dabei deutlich, dass derzeit an 20 Schulen Schulsozialarbeit etabliert ist. Es soll ein jährlicher Aufwuchs um 5 Sozialarbeiter-Standorte erfolgen.

**Frau Heinrich** gibt anhand einer Karte einen Überblick über die Verteilung der Schulsozialarbeiter in der LHP.

**Herr Böhme** (FB Kinder, Jugend und Familie) geht auf das Handlungskonzept Schule – Jugendförderung ein und verweist dabei auf das kommunale Förderprogramm „PLUS“ (Potsdamer Lern- und Unterstützungssystem). Er weist darauf hin, dass insgesamt 52 Projekte an 25 Schulen durchgeführt werden. Die Fördersumme je Kooperationsprojekt beträgt maximal 8.000 Euro.

Er teilt mit, dass seit dem 01.01.2018 die fortgeschriebene Förderrichtlinie „PLUS“ in Kraft ist. Danach geht **Herr Böhme** auf das Handlungskonzept Schule – Hilfen zur Erziehung ein und gibt Erläuterungen.

**Herr Tölke** (FB Kinder, Jugend und Familie) stellt die neuen Herausforderungen vor. Er betont, dass durch die Lenkungsgruppe Jugendhilfe – Schule einiges auf den Weg gebracht wurde. Er macht aber auch deutlich, dass die Schnittstelle Schule – Beruf noch nicht umgesetzt ist. Dies ist eine der Herausforderungen, die noch angegangen werden muss. Auch die Integration der Flüchtlingskinder muss im Fokus bleiben.

Ein drängendes Problem ist der Fachkräftemangel, insbesondere in den Kitas. Bis 2023 sollen alle öffentlichen Schulen mit Schulsozialarbeitern versorgt werden. Danach muss eine Verständigung zu den freien Schulen erfolgen. Bei Schulbauten muss darauf geachtet werden, dass ein Raum für Schulsozialarbeiter zur Verfügung steht.

**Herr Dörnbrack** (Staatliches Schulamt) gibt eine Zusammenfassung der Arbeit der Lenkungsgruppe. Er berichtet, dass bei Beratungen der Regionalen Arbeitskreise von Themen zur Bildung und Schule Vertreter der Schulen teilnehmen. Die Fachgruppe Schulsozialarbeit hat sich gegründet. Die Steuerung durch die Lenkungsgruppe ist gesichert. Er dankt Frau Heinrich und Herrn Böhme, die dies organisieren.

**Herr Dörnbrack** macht deutlich, dass die Stabilisierung der Arbeit auch durch die Erhöhung der Stellenanteile der Koordinierungsstelle im Fachbereich Bildung und Sport gesichert ist.

Geplant ist, das Thema Schulverweigerung an allen Schulen aus beiden Sichtfeldern zu betrachten und zu schauen, wie die Sichtfelder Schule und Jugendhilfe zueinander kommen.

**Herr Keller** dankt den Mitgliedern der Lenkungsgruppe für die engagierte Arbeit.

**Herr Sima** fragt, ob bei den 45 Schulen mit Schulsozialarbeitern auch schon die neuen Schulen berücksichtigt sind, die noch gebaut werden müssen.

**Herr Tölke** erklärt, dass die Schulen, die in den nächsten Jahren gebaut werden, hier noch nicht berücksichtigt sind. Es muss geprüft werden, wie diese Schulen mit versorgt werden können.

**Herr Liebe** wirbt dafür, zeitnah die angedachten Stellen einzurichten. Er weist darauf hin, dass der Beirat im letzten Jahr nicht tagen konnte und bittet die beiden zuständigen Beigeordneten dafür Sorge zu tragen, dass der Beirat wieder aktiviert wird.

Er regt auch an, in einer Pressemitteilung die guten Ergebnisse, die bisher erlangt wurden, vorzustellen.

**Frau Aubel** betont, dass der Wunsch nach Pressearbeit gern aufgegriffen wird. Sie informiert, dass die Stellen in der Änderungsliste der Verwaltung zum Haushalt 2018/2019 enthalten sind und nach Beschluss eingerichtet werden sollen. Sie teilt mit, dass der Beirat am 11.04.2018, 13:00 Uhr tagen wird.

**Frau Parthum** spricht das Handlungskonzept Schule – Jugendförderung an und macht deutlich, dass die Kooperationsprojekte über „PLUS“ geeignet sind, die Kontakte zwischen Jugendhilfe und Schule zu befördern. Sie bittet darum, dass die Evaluationsergebnisse der BuT-Projekte in die Evaluation von „PLUS“ mit einfließen sollen, da auch hier gute Ergebnisse erzielt werden konnten. Es sollte geprüft werden, ob die Bedarfsanmeldungen für PLUS-Projekte auch durch freie Träger erfolgen könnten. Die Schulen benötigen ausreichende Ressourcen für die Kooperationen. Sie betont aber auch, dass die freien Träger auch angemessene Verwaltungs- und Regieanteile benötigen. Des Weiteren bittet **Frau Parthum**, die Schulen bei der Evaluation zu beteiligen.

**Herr Tölke** bittet, sich zu erinnern, was der Auslöser für die Initiierung des PLUS-Programms war. Er weist darauf hin, dass die Schulen nicht die Kapazitäten haben, Jugendhilfethemen zu bearbeiten. Die Schulleitung muss in der Verantwortung bleiben, für sich zu fordern, welche Programme an der jeweiligen Schule durchgeführt werden. Zur Höhe von 8.000 Euro ist bisher die Erfahrung, dass diese Summe ausreichend ist. Im September 2017 gab es eine Besprechung der Jugendamtsleitern im MBS auf der verabredet wurde, dass es dort umgehend eine Arbeitsgruppe geben soll, die das Thema weiterbearbeitet. Er sagt zu, dass die Schulen bei der Evaluation einbezogen werden.

**Herr Tölke** erklärt, dass die Möglichkeit der Durchführung von 2 Projekten pro Schule der Tatsache geschuldet ist, dass möglichst viele Schulen mit den Projekten versorgt werden sollten.

**Herr Böhme** stellt klar, dass je Träger je Schule 2 Projekte durchgeführt werden können.

**Herr Tölke** erklärt mit Verweis auf die Verwaltungs- und Regiekosten, dass es von vielen Trägern die Bitte gibt, schneller verschiedene Projekte durchführen zu können. Derzeit wird geprüft, ob es hier Möglichkeiten gibt.

**Herr Otto** fragt in wieweit beim PLUS-Programm an die berufsbildenden Schulen und Oberstufenzentren sowie die freien Schulen gedacht wurde.

**Herr Tölke** betont, dass auch diese Schulen die Anträge stellen können.

**Frau Naundorf** fragt, ob es dankbar ist, die Kooperation zwischen weiterführenden Schulen und Jugendklubs auszubauen.

**Herr Tölke** erklärt, dass diese Frage nicht durch die Lenkungsgruppe beantwortet werden könne. Hier sollten die Jugendklubs auf die Schulen zugehen.

**Herr Kulke** schlägt vor, Träger und Jugendhilfe zusammenzubringen, um die Beantragung zu besprechen. Er schlägt auch vor zu überdenken, dass derzeit jeder Träger nur 2 Projekte an einer Schule durchführen kann. Es gibt Schulen mit 100 Schülern und Schulen mit erheblich mehr Schülern. Hier sollte man nochmal ins Gespräch kommen.

**Frau Lange** fragt, welche Schulen ab dem nächsten Schuljahr Schulsozialarbeiter bekommen.

**Herr Böhme** benennt die Schulen, die ab dem Schuljahr 2018/2019 vorbehaltlich der vorhandenen Räume mit Schulsozialarbeit versorgt werden:

Waldstadtgrundschule (27), Rosa-Luxemburg-Schule (19), Gerhart-Hauptmann-Grundschule (12), Gesamtschule Am Schilfhof (49) und Voltaire-Gesamtschule (9).

Für das Schuljahr 2019/2020 benennt er die Regenbogenschule Fahrland (7), Karl-Foerster-Grundschule (25/26), Grundschule im Bornstedter Feld (3), Einsteingymnasium (54) und Oberstufenzentrum (OSZ) III Johanna Just.